

## Stellungnahme

Recht und Versicherung

### Grünbuch zur Verknüpfung von Unternehmensregistern

---

Der Bundesverband der Deutschen Industrie repräsentiert über 100.000 Industrieunternehmen mit ca. 7,5 Millionen Beschäftigten. 98% der Unternehmen sind kleine und mittlere.

---

*Dokumenten Nr.*  
D 0326

*Datum*  
11. Februar 2010

*Seite*  
1 von 4

#### Einleitung

Der BDI begrüßt die Initiative der Europäischen Kommission zur Verknüpfung von Unternehmensregistern der einzelnen Mitgliedstaaten. Eine Interoperabilität zwischen allen Handelsregistern in ganz Europa würde für die auch grenzüberschreitend tätigen Unternehmen eine Entlastung darstellen. Eine funktionierende und stets aktuelle Abrufmöglichkeit der Unternehmensdaten aus allen europäischen Registern würde für die tägliche Arbeit eine enorme Zeit- und Kostenersparnis bedeuten. Auch eine bessere Kooperation zwischen den Registern würde zu einer erheblichen Arbeitserleichterung, Beschleunigung des Verfahrens und Kostenersparnis für alle Beteiligten führen. Bei der konkreten Ausgestaltung ist jedoch auch auf den Schutz sensibler Unternehmensdaten zu achten.

#### Status quo; bisherige Erfahrungen

Unternehmensregister werden auf nationaler Ebene geführt und somit auch jeweils national Informationen über die in dem betreffenden Land eingetragenen Unternehmen gespeichert. Wir teilen die Einschätzung der Europäischen Kommission, dass derzeit „technische Barrieren“ bei der Beschaffung von Unternehmensinformationen aus den nationalen Registern bestehen. International tätige Unternehmen rufen aus bis zu 27 nationalen Handelsregistern der Mitgliedstaaten Informationen über den Stand gesellschaftsrechtlicher Veränderungen bei Tochtergesellschaften sowie Geschäftspartnern ab. Um diese Informationen erhalten zu können, müssen zunächst zeitaufwändige Registrierungen bei den nationalen Registern durchgeführt werden. Je nach Mitgliedstaat werden für die Registrierung auch unterschiedliche Angaben abgefragt, was das Anmeldeverfahren nicht erleichtert.

Nach erfolgter Registrierung stehen derzeit je nach Mitgliedstaat unterschiedliche Suchfunktionen und -kriterien zur Verfügung. Auch hierdurch werden die Abfragen erheblich erschwert. Auf Grund der Komplexität der Abwicklung werden daher zum Teil Geschäftsinformationen von den Unternehmen nicht direkt abgerufen, sondern es werden ausländische Notare mit der Informationsbeschaffung aus deren nationalen Registern beauftragt. Hierdurch stehen Informationen erst mit weiterer Zeitverzögerung zur Verfügung.

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband  
BUSINESSEUROPE

*Telekontakte*  
T: 0032 2 792 1008  
F: 030 2028-2437

*Internet*  
[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)

*E-Mail*  
[M.Herzog@bdi.eu](mailto:M.Herzog@bdi.eu)

rung nach der Übermittlung durch den Notar zur Verfügung und es fallen zusätzliche Notargebühren an.

Auch der Abruf von Unternehmensinformationen über das European Business Register (EBR) ersetzt oftmals nicht das vorstehend beschriebene zeitaufwändige Verfahren. Zwar bietet das EBR nach einer einmaligen Registrierung einen erleichterten Zugang zu Handelsregisterdaten von 18 Mitgliedstaaten und in standardisierter Form bereitgestellte Unternehmensinformationen. Allerdings sind diese nicht immer ausreichend. So fehlen vor allem Informationen über aktuelle gesellschaftsrechtliche Veränderungen. Auch können Registerauszüge über das EBR nicht elektronisch abgerufen werden.

Zudem sollte die Zusammenarbeit der Registergerichte untereinander stark verbessert werden. Bei grenzüberschreitenden Sachverhalten müssen über die jeweiligen Geschäftsführungsorgane Informationen und Dokumente an die nationalen Registergerichte übermittelt werden. Bei grenzüberschreitenden Verschmelzungen z. B. ist es die Pflicht des Vertretungsorgans die vom Gericht der übertragenden Gesellschaft ausgestellte Verschmelzungsbescheinigung innerhalb einer bestimmten Frist nach ihrer Ausstellung zusammen mit dem Verschmelzungsplan der zuständigen Stelle der übernehmenden Gesellschaft vorzulegen. Dieser Aufwand mag noch vertretbar erscheinen. Wesentlich aufwändiger und unüberschaubarer ist es, wenn eine Zweigniederlassung einer Gesellschaft in einem anderen Mitgliedstaat eingetragen werden soll, als die Hauptniederlassung eingetragen ist. Hier sind eine Vielzahl an Dokumenten (z.B. beglaubigter und mit Apostille versehener Handelsregisterauszug der Hauptniederlassung samt beglaubigter und vereidigter Übersetzung, beglaubigte und mit Apostille versehene Satzung der Hauptniederlassung samt beglaubigter und vereidigter Übersetzung, beglaubigtes und mit Apostille versehenes Protokoll über Beschlussfassung zur Errichtung der Zweigniederlassung samt beglaubigter und vereidigter Übersetzung,...) zu übermitteln. Dieser Vorgang ist sehr zeit- und auch kostenintensiv und oftmals wird aus diesen Gründen das Vorhaben wieder verworfen.

### Zielvorstellungen

Damit die Vernetzung der nationalen Handelsregister und die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Gerichten auch tatsächlich die gewünschte Erleichterung schafft, sehen wir vor allem folgende Verbesserungen als notwendig an:

#### **1. Abrufmöglichkeit über ein einziges Zugangsportal**

Über ein einziges Zugangsportal sollte der Zugriff zu den in den nationalen/regionalen Handelsregistern eingetragenen Informationen über alle europäischen Unternehmen ermöglicht werden. Eine einheitliche Suchmaske sollte Abfragen nach verschiedenen Kriterien (z.B. Rechtsform, Firma, Sitz, Geschäftsführer,...) ermöglichen, vorzugsweise in allen Amtssprachen der EU. Zumindest aber sollten die Informationen in englischer Sprache für alle Länder abrufbar sein. Wichtig erscheint hierbei,

dass nur einmalig ein Zugang (über Passwortschutz) beantragt werden muss. Die Kostenabrechnung sollte über eine Zentralstelle etwa einmal monatlich per Rechnungsstellung erfolgen. Dabei können die Kosten pro Abruf national/regional auch unterschiedlich hoch sein.

Allerdings sollten nicht die offenlegungspflichtigen Unternehmen verpflichtet werden, Unterlagen für die verknüpften Unternehmensregistern in den Amtssprachen der Mitgliedstaaten bereitzustellen. Eine derartige Verpflichtung wäre für die Unternehmen mit erheblichem Mehraufwand und zusätzlichen Kosten verbunden.

## **2. Verpflichtung aller EU-Mitgliedstaaten**

Damit tatsächlich ein Mehrwert geschaffen werden kann, ist sicherzustellen, dass tatsächlich alle Mitgliedstaaten der EU über das vorgenannte Zugangsportal vernetzt sind. Auf freiwilliger Basis scheint dies nur schwer gestaltbar. Alle Mitgliedstaaten sollten zu einer Teilnahme verpflichtet werden (z.B. über eine Gesellschaftsrechtsrichtlinie). Nur dann ist die Nutzung attraktiv und bringt für die Unternehmen den gewünschten Mehrwert.

## **3. Aktualität der Daten**

Die aus dem zentralen Zugangsportal abgerufenen Unternehmensinformationen müssen die aktuellen Daten der in den nationalen/regionalen Handelsregistern hinterlegten Informationen widerspiegeln und somit absolut verlässlich sein. Auch sollten Daten möglichst zügig in dem Register abgebildet werden, insbesondere wichtige Ereignisse wie etwa Insolvenzen.

## **4. Verbesserung der Kooperation zwischen den Registern bei grenzüberschreitenden Vorgängen**

Bei grenzüberschreitenden Vorgängen findet kein direkter Austausch der Registergerichte untereinander statt. Vielmehr müssen die Vertretungsorgane der beteiligten Gesellschaften die jeweiligen Informationen zwischen den beteiligten Registergerichten übermitteln. Wünschenswert wäre eine direkte Kommunikation der zuständigen Registergerichte, wie es etwa bei Vorgängen innerhalb Deutschlands der Fall ist. Auch sollten Veränderungen im Register der Hauptniederlassung automatisch an die Gerichte der Zweigniederlassungen gemeldet werden, um die Richtigkeit der Eintragungen sicherzustellen. Durch eine funktionierende und unkomplizierte Kooperation zwischen den verschiedenen Gerichten würden grenzüberschreitende Vorgänge nicht nur beschleunigt und die Rechtssicherheit erhöht. Diese Sachverhalte würden auch wesentlich attraktiver, da sie für ein Unternehmen nicht mehr die enormen organisatorischen und teilweise auch finanziellen Lasten mit sich bringen und zeitlich besser einschätzbar wären.

Für die Umsetzung der Verbesserung der kommen grundsätzlich beide vorgeschlagenen Optionen in Betracht. Für das IMI spricht, dass dieses System bereits von vielen zuständigen Behörden erfolgreich und effizient genutzt wird. Die Anwendung eines bereits bekannten Systems ist für ei-

nen Nutzer am praktikabelsten. Auch wird die Akzeptanz höher sein, wenn ein bestehendes Programm erweitert wird, als wenn ein neues Programm hinzukommt. Wir sehen keine Notwendigkeit, dass Thema der Offenlegung von Informationen über Zweigniederlassungen von anderen grenzüberschreitenden Vorgängen zu trennen. Der Austausch von Informationen zwischen Haupt- und Zweigniederlassung ist nicht regelmäßig zu kontrollieren. Es sollte genügen, wenn Änderungen im Register der Haupt- oder Zweigniederlassung stets dann automatisch an das andere Gericht gemeldet werden, wenn die Änderungen vorgenommen werden. Eine regelmäßige automatische Kontrolle bringt keinen zusätzlichen Mehrwert. Folglich könnte das IMI ein geeignetes Mittel für eine dauerhafte Erleichterung der Kommunikation zwischen den Behörden in den verschiedenen Mitgliedstaaten darstellen.

Aber auch eine Weiterentwicklung des BRITE-Projekts könnte ein gangbarer Weg sein. Insbesondere die in diesem bereits vorhandenen Kontroll- und Informationsmechanismen sowie die mögliche Einführung einer einheitlichen EU-weiten Registernummer für Gesellschaften stellen wesentliche Vorteile von BRITE dar. Insoweit sollte genauer untersucht werden, welches System mit dem geringsten Verwaltungs- und Kostenaufwand den erforderlichen Zielen gerecht wird.

## **5. elektronische Übermittlung von Dokumenten an die nationalen Register**

Neben der Verknüpfung und besseren Zusammenarbeit der Register wäre auch die Vereinheitlichung des elektronischen Übertragungsverfahrens von Dokumenten an die jeweiligen nationalen Unternehmensregister eine wesentliche Erleichterung. Die momentanen Ausgestaltungen sind sowohl hinsichtlich der Übermittlung (von Übermittlung via E-Mail mit spezieller Übertragungssoftware bis zum Hochladen auf einer bestimmten Webseite) als auch bezüglich des Datenformats (XBRL, XBL, Word, Excel, PDF...) in den jeweiligen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Insoweit sollten europaweit einheitliche Standards für die elektronische Einreichung von Dokumenten und soweit möglich auch ein gemeinsames Gerichtspostfach der Unternehmensregister eingeführt werden.

## Fazit

Allein über die Vereinfachung des Informationszugangs und -austauschs zu den jeweiligen Unternehmensregistern können natürlich nicht alle bestehenden Probleme bei grenzüberschreitenden Sachverhalten gelöst werden. In den einzelnen Mitgliedstaaten ist das Registerrecht noch sehr unterschiedlich ausgestaltet. Neben der Schaffung von IT-Lösungen sollte daher auch die Harmonisierung des Registerrechts in Erwägung gezogen werden. Insgesamt ist aber festzuhalten, dass eine bessere Vernetzung der europäischen Handelsregister und eine funktionierende Kommunikation zwischen den Registergerichten in Anbetracht der immer häufiger auftretenden grenzüberschreitenden Vorgänge wichtige Maßnahmen und absolut erforderlich sind.